

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Februar 2017

02/2017

## Wahlprogramm der Hoffnung

Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.

**D**IE LINKE hat seit dem 14.01.2017 ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl. Hat dieser Entwurf in seiner Tendenz Bestand und wird im Wesentlichen nur noch durch einige Ergänzungen und Weglassungen beflügelt, dann ist er mehr, als ich zu hoffen wagte. Hier liegt ein Papier vor, welches die beiden Hauptsäulen unserer Partei (ein Zusammenschluss verschiedener linker Strömungen) erkennen lässt.

### Soziale Gerechtigkeit

Die erste Säule ist die soziale Gerechtigkeit, ohne Wenn und Aber. In den verschiedenen Punkten des Entwurfs werden Themen wie gute Arbeit, gute Rente, gute Bildung, ökologisches Wirtschaften, Mensch vor Profit und vieles mehr angesprochen, Ursachen benannt und so grundsätzliche strategische Aussagen für den Wahlkampf selbst und danach formuliert. Dieser strategische Ansatz zeigt Verständnis für die Interessen der Lohnabhängigen und Wege zur Verbesserung der Situation. Er geht, im Gegensatz zum »strategischen Ansatz« des Genossen Höhn (Bundesgeschäftsführer, die Red.), in die richtige Richtung, weil er darauf gerichtet ist, das objektive Kräfteverhältnis schon vor einer absehbaren Konfrontation zu unseren Gunsten zu verändern.

Hier zeigt sich, es geht nicht um Spielkram, sondern um den Willen zur Macht, und diese Macht auszubauen, ist ein schwierig Ding. Mit diesem Wahlkampfprogramm geht es im Jetzt, Hier und Heute um die parlamentarische Macht. Und wir wissen, dass diese Macht nur ein Teil der Macht auf dem Weg zur tatsächlichen Macht darstellt, eben ein schwierig Ding.

Erfreulich ist die Erkenntnis, aus den auf Scharm-Offensiven, wie z.B. in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, aus aufs Mitregieren ausgerichteten Wahlkampfaktionen (Bundestagswahl 2002 gleich 4%) auszusteigen. Noch mehr Wahlunterlagen sind auch nicht wirklich hilfreich.

### Konsequente Antikriegspolitik

Die zweite Säule ist die konsequente Antikriegspolitik. »Wir setzen auf... eine nicht militärische Konfliktlösung - statt einer imperialen Politik des Regime Change, statt eine Ausweitung der Drohnen-Kriege und statt militärischer Auslandseinsätze«. (Auszug aus dem Wahlprogramm). Dieses Nein zum Krieg, in der Partei »friedenspolitische Grundsätze« genannt, ist sicherlich nicht nur für uns von existentieller Bedeutung.

»An der Basis der Partei gibt es im Grunde genommen zu der Frage der friedenspolitischen Grundsätze klare Positionen ... Die Basis der Partei bietet eine gewisse Sicherheit. Die Friedensfrage scheint im Moment nicht so sehr das Problem zu sein, aber es kann eines werden. Denn wenn Bodo Ramelow (DIE LINKE, Ministerpräsident von Thüringen, die Red.), erklärt, wir wollen die NATO ein bisschen ausklammern, dann ist das nicht ein Versprecher, sondern die Position einer entscheidenden Galionsfigur dieser Partei.«, so formulierte Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform) auf der diesjährigen Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Konferenz. Weiter sagte sie: »Also, ich habe Vertrauen in die Basis der Partei. Aber ich weiß auch, wenn lange genug getrommelt wird: Es gibt keine Alternative, und Die Rechten! Da müssen wir uns zusammenschließen!, wird das nicht ohne Wirkung bleiben, wenn dazu nicht parallel gesagt wird: Jetzt wollen wir uns mal über den Preis unterhalten, den das hätte.«

### Keine Kampfeinsätze der Bundeswehr

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE, führte auf dieser Konferenz zu einer eventuellen Regierungsbeteiligung der LINKEN aus: »Beim Thema Kampfeinsätze der Bundeswehr wird es keine Zugeständnisse geben. Wir würden uns umbringen, wenn wir das machen. Die Gefahr sehe ich gar nicht. Auf keinem Parteitag würde ein Koalitionsvertrag, in dem Kampfeinsätze möglich sind, auch nur eine Chance haben, verabschiedet zu werden.«



Der Genosse Patrik Köbele (DKP) äußerte zu diesem Themenbereich eben auf dieser Podiumsdiskussion: »In Leute wie dich, Bernd Riexinger, setze ich meine Hoffnung, weil ich weiß, dass du aus der Tradition des gewerkschaftlichen Massenkampfes kommst ... das wäre ein tatsächlicher Tabubruch. Aber euer Bundesschatzmeister (Thomas Nord, die Red.) hat ja nach dem letzten Gespräch der drei Parlamentariergruppen gesagt: Na ja, das mit der NATO steht zwar bei uns im Programm, aber das muss ja nicht in einem Regierungsprogramm stehen. Und an diesem Punkt wird sogar eure innerparteiliche Demokratie ausgehebelt. Da habe ich tatsächlich Sorgen, auch um deine Standfestigkeit.« Die Möglichkeit der Aufweichung der friedenspolitischen Grundsätze ist eine reale Gefahr, so glaube ich, darum ist hier besondere Aufmerksamkeit angebracht.

Alles in allem ein in der Tendenz gutes Wahlprogramm, was der heutigen Zeit gerecht wird und zur Aktivität anspornt. Nachzulesen auch auf unserer Internetseite unter [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de).

Egbert Nowack  
Sprecher RV Fehrbellin

## Steuereinnahmen steigen

Margitta Mächtig, MdL, erklärt: Auch Kommunen im Landkreis OPR erhalten mehr Geld

**D**as Ministerium der Finanzen hat Ende Januar die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) für 2017 festgesetzt. Brandenburgs Kommunen erhalten in diesem Jahr 1,642 Milliarden Euro an allgemeinen Schlüsselzuweisungen vom Land. Das sind rund 109,6 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Auch die Städte und Gemeinden im Landkreis OPR profitieren von der positiven Entwicklung. Hat der Landkreis bisher 441,59 Euro pro Einwohner erhalten, so erhält er mit dem FAG 2017 485,18 € pro Einwohner. So bekommt u.a. die Stadt Neuruppin in diesem Jahr 16,013 Millionen Euro an allgemeinen und investiven Schlüsselzuweisungen. Das sind rund 582.000 Euro mehr als 2016. Ebenfalls steigende Zuweisungen erhalten u.a. die Stadt Kyritz (plus 255.460 Euro), die Stadt Wittstock (plus 431.796 Euro) und Rheinsberg (plus 75.535 Euro). Aber auch die Gemeinden des Landkreises werden mehr Finanzmittel erhalten, zum Beispiel Heiligengrabe (plus 288.913 Euro) und Wusterhausen/Dosse (plus 160.445 Euro). Die Schlüsselzuweisungen des Landes werden in Abhängigkeit der Steuerkraft

der Kommunen verteilt. Dabei gilt der Grundsatz, dass Kommunen mit einem vergleichsweise hohen Steueraufkommen weniger Schlüsselzuweisungen erhalten als Kommunen mit niedrigem Steueraufkommen.

Aufgrund ihrer im Vorjahresvergleich gestiegenen Finanzkraft erhalten u.a. Fehrbellin (minus 670.959 Euro) sowie die Gemeinden Vielitzsee (minus 39.777 Euro) und Herzberg (Mark) (minus 8.578 Euro) weniger Schlüsselzuweisungen als im vorigen Jahr.

Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin erhält in diesem Jahr 48.085.839 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen. Das sind im Vergleich zum Vorjahr rund 1,452 Millionen Euro mehr.

Die kommunale Familie partizipiert an den Mehreinnahmen des Landes, die auf die positive konjunkturelle Lage und entsprechend gute Steuereinnahmen zurückzuführen sind.

(Quelle: Presseerklärung)

Red.: Wir sehen also, dass DIE LINKE im Rahmen ihrer (doch etwas begrenzten) Möglichkeiten in der Koalition alles unternimmt, um im Interesse aller Brandenburger Verbesserungen zu erreichen.

groß zu machen. Deutschland als starkes Mitglied der EU solle stärker seiner Führungsrolle gerecht werden, forderte er nicht zuletzt in seiner Abschlussrede. Er betonte weiterhin, dass »es gelungen sei«, die Zahl der Flüchtlinge und illegalen Einwanderer nach Deutschland im Jahr 2016 drastisch zu senken. Dass aber in dieser Zeit, nach Schließung der Balkanroute, Tausende im Mittelmeer ertranken, verschweigt der »Garnisonspfaffe«, wie er gelegentlich genannt wurde, gern.

Ich glaube, wir brauchen Gauck keine Träne nachzuweinen, und er wird sicherlich in die Geschichte eingehen als ein Bundespräsident, der keinen Beitrag zur Beseitigung der Spaltung der Gesellschaft geleistet hat. Er wird aber in die Geschichte als Bundespräsident eingehen, der es als erster seit 1945 akzeptiert, dass wieder Mütter um ihre Söhne weinen, als er sagte: »Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.«

### Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

### Und tschüss, Herr Gauck

Bereits vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten haben wir LINKEN Gauck als eine »für das Amt nicht geeignete« Person bezeichnet. Gauck ist ein »Pastor des kalten Herzens«, der Schröder für seine Agenda 2010 gelobt hat und die Occupy-Proteste als »unsäglich albern« bezeichnete.

Er selbst sagt von sich, er sei ein »aufgeklärter Patriot«, »Liebhaber der Freiheit« und Verfechter der Marktwirtschaft. Dass er sich während seiner Amtsperiode immer öfter als Befürworter von Kriegen und militärischen Einsätzen der Bundeswehr hervortat, war für uns LINKE nicht überraschend. Gauck, dem bekennenden Antikommunisten, ging es in seiner gesamten Amtszeit nur darum, Deutschland wieder »great again«, also

### Kommentar

### Wir müssen alle aktiver werden

Die Bundestagswahl steht vor der Tür, und viele von uns fragen sich, mit welcher konkreten Strategie wir unsere Partei, aber vor allem auch unsere Spitzenkandidatin Kirsten Tackmann unterstützen können. Zwar hat unsere Berliner Parteispitze die Ziele vorgegeben, aber hier an der Basis fehlt uns noch die konkrete Untersetzung.

Wenn jetzt einige denken, dass wir ja bis September noch genügend Zeit dafür haben, dann verkennen sie die Gefahr, dass wir für unser Handeln in Brandenburg »abgestraft« werden könnten. Laut einer aktuellen Umfrage der Märkischen Oderzeitung stagniert DIE LINKE in Brandenburg bei 16% (Bundestagswahl 2013 22,4%). Auch unser Koalitionspartner SPD erreicht nur noch 19% (2013 23,1%) und wird von der AfD überholt.

Wir müssen also alle Kräfte mobilisieren, wenn wir einen Politikwechsel im Bund erreichen und die rechtspopulistische AfD nicht weiter erstarken lassen wollen. Dass die Große Koalition mit ihrer unsozialen Politik abgewirtschaftet hat, ist nämlich vielen noch gar nicht so bewusst. Dabei deutet sich eine deutliche Polarisierung und Zuspitzung an. Wie überall in Europa, und auch in den USA, erhalten rechtskonservative, nationalistische, teilweise rassistische und faschistische Bewegungen und Parteien Zulauf - mit ihren vermeintlich einfachen Antworten des Hasses und der Aus- und Abgrenzung.

DIE LINKE muss deutlicher und stärker für ihre Konzepte der Solidarität und Humanität werben und ihre Alternativen zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hervorheben. Wir müssen wesentlich besser als bisher die Probleme, Sorgen und Nöte der Bürger wahrnehmen. Wir müssen ihnen aber auch plausible Lösungen dafür anbieten und sie spüren lassen, dass wir LINKE ihre ehrlichen Interessenvertreter sind. Dazu brauchen wir aber die konkrete Anleitung und Unterstützung unserer Landes- und Lokalpolitiker, die uns Handreichungen geben, wie wir auf bestimmte Probleme reagieren können und an wen wir die Sorgen der Bürger weiterleiten können, wo auch sichergestellt ist, dass der Betreffende eine Antwort erhält. Unsere beiden Parteivorsitzenden haben den Bürgern versprochen, dass wir auf sie zugehen und ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen werden. Wie das hier vor Ort geschehen soll, dazu muss unser Kreisvorstand schnell Konzepte vorlegen. Nur gemeinsam sind wir stark und können etwas bewegen. hjm

# Fehrbellin gegen das Vergessen

Es geht nicht um Schuld, es geht um Verantwortung: Nie wieder Auschwitz!

**A**m 27. Januar 1945 wurde das deutsche Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. Mit den Worten von Esther Bejarano (deutsch-jüdische Überlebende des KZ Auschwitz): »Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt...« gedachten 33 Fehrbellinerinnen und Fehrbelliner der sechs Millionen ermordeten europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zwangsarbeiter, der Opfer staatlicher Euthanasie, der Homosexuellen und der politischen Gegner und folgten damit dem Aufruf des Aktionsbündnisses »Fehrbellin bleibt bunt«.

Esther Bejarano ist heute 92 Jahre alt, und sie kann sich nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung ihrer Generation in Vergessenheit gerät (siehe auch Märkische Linke 01/2017). Ihr Wunsch ist es, dass es keine Nazis mehr auf der Erde gibt, dafür wird sie kämpfen. Die menschenverachtenden Verbrechen der faschistischen Täter verzeihen oder vergeben - das wird sie niemals können.

72 Jahre nach dem vom deutschen Imperialismus ausgehenden Menschheitsverbrechen ist das Thema aktueller denn je. Rund 80 Prozent der Deutschen würden die Geschichte der Judenverfolgung gern »hinter sich lassen« (lt. Bertelsmann-Stiftung 2015). Es gibt immer weniger Überlebende des Holocaust, der vermutlich letzte NS-Prozess ist beendet. Und die Erinnerungskultur in Deutschland wird gewaltig in Frage gestellt. Hitlers »Mein Kampf« wurde 85.000fach verkauft und



Gedenken am OdF-Denkmal in Fehrbellin

Foto: Monika Kerner

rangiert auf Platz eins der Spiegel-Bestsellerliste, ein Verbotsverfahren gegen die antisemitische NPD ist im zweiten Versuch gescheitert, und der AfD-Politiker Björn Höcke spricht öffentlich von einer »dämlichen Bewältigungspolitik«: »Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.« Folgerichtig erteilte ihm die Gedenkstätte Buchenwald Hausverbot und der Landtag Thüringen schloss ihn von der Holocaust-Gedenkstätte aus.

Umso überwältigender war die Veranstaltung in Fehrbellin - für die Besucher wie auch für die Organisatoren. Mit diesem Zuspruch haben wir nicht gerechnet. Es

zeigt uns jedoch, dass für die Fehrbellinerinnen und Fehrbelliner der Kampf gegen das Vergessen sehr wohl zu unserer heutigen Zeit gehört, denn sonst wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles das, was sie erlitten haben, umsonst gewesen. Und darauf kann es nur eine Antwort geben: Wir erinnern und wir gedenken weiter! Es geht nicht um Schuld, es geht um Verantwortung, und dazu gehört ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus. Aus der Geschichte lernen ist der entscheidende Punkt, und daran müssen wir uns immer erinnern.

*Ines Nowack, Protzen  
Aktionsbündnis »Fehrbellin bleibt bunt«*

## Kalenderblatt

### Internationaler Frauentag

Clara Zetkin schlug auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vor, hatte jedoch kein bestimmtes Datum genannt. In den USA hatten Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas (SPA) 1908 ein Nationales Frauenkomitee gegründet. Dieses beschloss, einen besonderen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht einzuführen. Dieser erste Frauentag in den USA am 28. Februar 1909 war ein Erfolg.

Die US-Amerikanerin May Wood-

Simons brachte die Idee zu einem solchen Tag mit nach Kopenhagen. In Europa waren es Clara Zetkin und Käthe Duncker, die sich auf dem Treffen in Kopenhagen für den Frauentag einsetzten und den Beschluss vorantrieben.

Der erste Frauentag wurde am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen der Märzrevolution 1848, außerdem hatte die Pariser Kommune 1871 im März begonnen.

Auf Vorschlag der bulgarischen Delegation wurde auf der Zweiten Internatio-

nenalen Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau der 8. März als internationaler Gedenktag eingeführt. Damit sollte an die Februarrevolution 1917 in Russland erinnert werden, die am 8. März in Sankt Petersburg durch Streiks von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernfrauen ausgelöst wurde.

Nach anderen Darstellungen war es Lenin, der 1921 den 8. März zum »Internationalen Frauentag« erklärte. Aber auch ein Streik von Textilarbeiterinnen am 8. März 1857 in New York soll der Grund für dieses Datum sein.

Im internationalen Jahr der Frau richteten die Vereinten Nationen erstmals am 8. März 1975 eine Feier aus.

# Miteinander reden und handeln!

## Gemeinsames Positionspapier unterzeichnet

Die von der Landesregierung geplante Verwaltungsstrukturreform ist auf der gemeindlichen Ebene durch die Stellungnahmen der Gremien des Städte- und Gemeindebundes sowie verschiedentlich durch Beschlüsse der Gemeindevertretungen in ihrer jetzigen Form abgelehnt worden. Insbesondere die Trennung von Kreisneugliederung und Funktionalreform wird bei den Städten und Gemeinden sehr kritisch gesehen. Ganz klar kommt zum Ausdruck: Die Reform überzeugt in ihrer jetzigen Durchführung weder inhaltlich, noch wird ein größerer Nutzen für die Zukunft der Region erwartet. Schon bald sollen Gesetze im Landtag eingebracht werden, die die Handlungsfähigkeit der Landkreise einschränken und sie zur Vorbereitung der geplanten Fusionen verpflichten.

Für den Fall, dass diese Neuordnung, trotz aller Befürchtungen, vonseiten der Landesregierung und des Landtages weiter vorangetrieben wird, haben die Bürgermeister und Amtsdirektoren der Städte, Gemeinden und Ämter von Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet und veröffentlicht. Darin stellen sie Mindestforderungen für die Ausgestaltung einer Kreisgebietsreform an die Verantwortungsträger der Landkreise und auch des Landes:

**1. Gemeinden stärken und unterstützen**  
Veränderungen von Verwaltungsstrukturen durchzuführen ist keine leichte Aufgabe. Insbesondere dann, wenn sie viele Menschen direkt oder indirekt betrifft. Umso wichtiger ist es, dass die Entscheidungsträger der Region miteinander reden und handeln. Wir fordern daher die Landräte und Kreistage beider Landkreise auf, die Zeit zum Gespräch zu nutzen. Wir erwarten, dass noch vor der geplanten Entscheidung des Landtages zu den neuen Landkreisen und Kreisstädten die folgenden Positionen als Grundlage künftiger Entscheidungen durch die Kreistage selbstbindend beschlossen werden. Von Seiten der Landesregierung Brandenburg erwarten wir sowohl eine finanzielle als auch rechtliche Unterstützung eines möglichen Fusionsprozesses (einschließlich externer Organisationsberatung) im Interesse unserer Menschen, der Wirtschaft und Kommunen.

**2. Verwaltung bürgernah gestalten**  
Verwaltung muss effizient und möglichst bürgernah gestaltet werden. Effizienzgewinne durch Zentralisierung von Aufgaben, Zusammenlegung von Geschäftsbereichen, Abschaffung von Doppelstrukturen sind sicher möglich. Die Mehrzahl der Aufgaben muss jedoch auch weiterhin vor Ort und bürgernah wahrgenommen werden. Hierzu wird eine im Grunde dezentrale leistungsfähige Verwaltungsstruktur in der Fläche eines neuen Landkreises Prignitz-Ruppin eingefordert. Das entspricht dem gesetzlichen Auftrag an die Landkreise, eine Ausgleichsfunktion in der Region wahrzunehmen.

### **3. Effektivität ohne einseitigen Arbeitsplatzverlust**

Die kreisliche Verwaltung sowie die mit dem Landkreis verbundenen Unternehmen sind bei Neustrukturierungen so zu gestalten, dass die Arbeitsplätze auch steuerlich wirksam angemessen verteilt bleiben. Kreiseigene und kreisnahe Standorte und Beteiligungen müssen erhalten bleiben, so z. B. OSZ, Jobcenter, Krankenhäuser, Sparkassen, Musikschulen, Volkshochschulen, Förderschulen, weiterführende Schulen u. a. Derzeitig in den Kreisen vorhandene Standorte der Landesbehörden müssen erhalten bleiben.

### **4. Hauptverwaltungsstandorte gleichberechtigt erhalten**

Ein Landkreis Prignitz-Ruppin hat eine gewaltige räumliche Ausdehnung. Ein zentraler Verwaltungsstandort schließt sich daher von vornherein aus. Die Aufwendungen für unsere kommunalen Vertreter, Bürger und Unternehmen sind aufgrund der zunehmenden Entfernungen nicht mehr tragbar. Unabhängig von der Frage des Kreissitzes muss es deshalb zwei gleichberechtigte Verwaltungsstandorte in den jetzigen Kreisstädten geben. Der Kreistag und seine Ausschüsse sollten alternierend in diesen beiden Standorten tagen, damit das Kennenlernen des jeweils anderen Teiles des Landkreises auch angemessene und sachgerechte Entscheidungen ermöglicht.

### **5. Kommunale Selbstverwaltung stärken - Aufgaben an die Gemeinden übertragen**

Die Gemeinden der Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin haben leistungs-



Holger Kippenhahn,  
Mitglied des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

fähige Verwaltungen. Vor allem die Mittelzentren können Aufgaben wie z.B. Wohngeld, Straßenangelegenheiten, Kita-Bedarfsplanung, Kfz-Zulassung u. a. unter Beachtung der Konnexität (wenn ein Land seinen Kommunen eine bestimmte Aufgabe überträgt und dies zu einer wesentlichen Mehrbelastung führt, muss das Land gleichzeitig für Ausgleich sorgen, indem es Bestimmungen über die Deckung der Kosten trifft oder selbst finanziellen Ausgleich zahlt) übernehmen. In Bürgerbüros der Gemeinden können z.B. kreisliche Aufgaben arbeitsteilig und wohnortnah wahrgenommen werden.

### **6. Finanzierung dauerhaft sichern**

Ein künftiger Landkreis Prignitz-Ruppin muss auf sichere finanzielle Grundlagen gestellt werden. Da dieser Landkreis über keine Gemeinden des Berliner Umlandes verfügt, wird voraussichtlich die Einwohnerentwicklung insgesamt negativ sein. Damit wird die Finanzierung über die Kreisumlage nicht stabil sein können und die Gemeinden zusätzlich belasten. Hier muss das Land für die Kreise im weiteren Metropolraum einen dauerhaften und nachhaltigen Ausgleich schaffen, ebenso für eventuelle Mehrbelastungen aus Altfehlbeträgen.

### **7. Kreisumlage senken**

Die Finanzierung des neuen Landkreises darf nicht auf Kosten der Gemeinden und einer erhöhten Kreisumlage erfolgen. Im Gegenteil erwarten die Gemeinden aufgrund der versprochenen Effizienzgewinne eine deutliche Absenkung der Kreisumlage, die ihnen wieder die verfassungsgemäßen Handlungsspielräume eröffnet. In einem neuen Landkreis sollte eine differenzierte Kreisumlage möglichst vermieden werden.

## »Genug für alle«

DIE LINKE diskutierte soziale und ökologische Alternativen

Zwei spannende Tage hat mit ihrer Konferenz DIE LINKE im Bundestag gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vielen Interessierten ein Forum geboten für Diskussionen darüber, wie die Welt sozial gerechter und naturverträglicher gestaltet werden kann, weil sie damit auch friedlicher und zukunftsfähiger wird. Ca. 400, überwiegend Junge, aber auch Ältere, folgten diesem Ruf nach Essen an einen Standort, der symbolträchtiger kaum sein könnte: den Zollverein, der die Anlagen einer ehemaligen Zeche als Kultur- und Veranstaltungsforum nutzbar gemacht hat.

### Die etwas andere Konferenz

Auf dem Programm standen sowohl Podiumsdiskussionen oder kurze Diskussionsbeiträge im großen Saal für alle, aber auch thematische Workshops, die sich intensiver mit den klassischen Themen beschäftigten, wie z. B. Energiepolitik, Mobilität,

Landwirtschaft oder Konsumverhalten.

Zum Auftakt der Veranstaltung wurde aber auch deutlich, dass diese Konferenz anders war als sonst so oft auch bei den LINKEN. Denn zunächst wurde die Bühne freigegeben für Akteurinnen und Akteure, die sich längst auf den Weg gemacht haben, um mit zivilgesellschaftlichen Mitteln den notwendigen Wandel in Politik und Gesellschaft voranzubringen und die Verbündete der LINKEN sind oder sein können, weil die Ziele sich gleichen oder ähnlich sind, auch wenn Mittel und Schrittmaß sich unterscheiden und manchmal auch zu gegenseitigem Unverständnis führen. Wie zum Beispiel bei der Initiative »Ende Gelände«, die für einen sofortigen Kohleausstieg streitet und dazu auch Aktionen des zivilen Ungehorsams nutzt. Zuletzt Pfingsten 2016 in der Lausitz, was übrigens auch Verbündete für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung und gegen neue Tagebaue teilweise kritisch sahen



und übergreifig empfanden.

Dass trotz solcher Meinungsverschiedenheiten eine solidarische Allianz für das gemeinsame Ziel möglich ist, zeigte die Essener Konferenz z. B. auch in der Diskussionsrunde zur Landwirtschaft, in der TierrechtlerInnen und Veganer auf aktive Landwirte trafen, (einzel-)bäuerliche auf genossenschaftliche Landwirtschaft - und dennoch respektvoll miteinander diskutiert wurde.

### Verschiedene Blickwinkel

Mindestens ebenso wichtig war, dass aus verschiedenen Blickwinkeln gezeigt wurde, warum gerade für DIE LINKE die Forderung nach einer naturverträglicheren Lebens- und Wirtschaftsweise aus vier Gründen zwingend nötig ist:

1. weil die Uhr des Klimawandels und des Verlustes an biologischer Vielfalt immer bedrohlicher tickt und gerade die Ärmsten die Zeche zahlen, wenn sich nichts ändert,
2. weil es dabei nicht um die Frage von Moral geht, sondern ein System überwunden werden muss, das Mensch und Natur gleichermaßen ausbeutet,
3. weil die Kosten für den Umbau in eine zukunftsfähige Gesellschaft sozial gerecht verteilt werden müssen und
4. weil der Weg dorthin kein grüner elitärer Masterplan sein darf, sondern gemeinsam entwickelt und gegangen werden muss, was demokratische Entscheidungsprozesse und gesellschaftliche Teilhabe erfordert.

Kirsten Tackmann, MdB

## Miteinander reden und handeln!

Fortsetzung von Seite 4

### 8. Bewährte kreisliche Strukturen erhalten

Veränderungen in einem neuen Landkreis sind unvermeidbar. Dennoch sollten bewährte kreisliche Strukturen nicht zerschlagen werden. Insbesondere der Hochwasser- und Katastrophenschutz wie auch die Feuerwehrtechnischen Zentren (FTZ) und die Kreisfeuerwehrschule erwiesen sich in der jetzigen Organisationsform als verlässlich und effizient. Die Zuschüsse an kulturelle, soziale und touristische Verbände und Institutionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wichtige gebührenfreie Dienstleistungen für die Gemeinden, wie z. B. das kreisliche Rechnungsprüfungsamt oder der kostenfreie Schülerverkehr, müssen erhalten bleiben. Die finanzielle Unterstützung der Wirtschaftsförderung muss für alle Regionen und Gewerbegebiete aufrechterhalten werden.

### 9. Gemeinsame Entwicklungschancen nutzen

Wichtige Infrastrukturprojekte müssen eine zentrale Wahrnehmung, Befürwortung und Unterstützung in einem neuen Landkreis erfahren. Dazu gehören u. a. der vollständige Ausbau der A 14 (ein-



schließlich der anliegenden wirtschaftlichen Entwicklungskorridore) und die Entwicklungsachse A 24, der Gewerbepark Prignitz (als kreiseigene Liegenschaft und Entwicklungsschwerpunkt zwischen den RWK [Regionaler Wachstumskern]), die B 189, die Schiffbarkeit der Elbe und die vorhandenen Wirtschaftsregionen und RWK Prignitz und Neuruppin. Der neue Landkreis muss eine ausgleichende Investitionspolitik in der kreislichen Infrastruktur für alle Regionen verfolgen. Eine einseitige Schwerpunktbildung darf es nicht geben, sondern nur eine auf Ausgleich und Angleichung der Lebensverhältnisse gerichtete Strukturpolitik im Sinne des Grundgesetzes.

Holger Kippenhahn  
Bürgermeister der Gemeinde Heiligengrabe



Unser Glückwunsch  
allen Großmüttern, Müttern,  
Frauen und Mädchen,  
allen Leserinnen unserer  
»Märkischen Linken«  
zum Internationalen Frauentag!

# Ist Putin an allem schuld?

## USA suchen Konfrontation

Es ist vielleicht für einige nur Zufall, dass die USA ab 2004 die Strategie gegenüber Russland von schleichender Ausbeutung zur gezielten Konfrontation wechselte. Das Ziel der USA, Russland ungestört ausbeuten zu können, wurde nur

Durch gelenktes Schüren von imaginären Spannungen und lancierten eingepfachten Sicherheitsbedenken in Staaten des aufgelösten RGW, bzw. des aufgelösten Warschauer Vertrages, wurde ein Klima geschaffen, das ein Schutzbedürfnis erzeugen sollte. Man kann es kaum glauben, ehemalige, friedlich zusammenlebende, sozialistische Staaten sollen von heute auf morgen Angst vor einem russischen Staat haben, der aus der Sowjetunion hervorgegangen ist? Das wurde aber infolge dieser großen propagandistischen »Leistung« der USA und des Westens und durch Versprechen, wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten, auch erreicht.



Aus Rotfuchs 1410

Karikatur: Klaus Stuttmann

verschoben. Man entschied sich, da sich Gegenwehr entwickelte, für eine längere Vorbereitung und auf die Taktik des Weichkochens auf allen Ebenen.

So begann man 2004 verstärkt, aber dieses Mal offen und für alle Welt sichtbar, konkrete Maßnahmen umzusetzen, um Russland militärisch einzukreisen, politisch nach innen und außen zu schwächen und wirtschaftlich zu zerstören.

### Aufnahme in die NATO

Ohne den Willen der Völker zu erfragen, äußerten 2004 Regierungen der Länder ehemaliger Sowjetrepubliken des Baltikums, Lettland, Estland und Litauen, den Wunsch, in die NATO aufgenommen zu werden. Zuvor taten das 1999 Polen, Ungarn und Tschechien. Auch 2004 traten die Slowakei, Rumänien und

Bulgarien sowie Slowenien der NATO bei. 2009 wurden Kroatien und Albanien aufgenommen. Aus dem Gefühl, auf dem Höhepunkt einer bislang unerreichten Stärke und Selbstbewusstheit zu sein, äußerte der Vier-Sterne-General der USA, Breedlove, bis vor kurzem noch zuständig für die NATO in Europa, tief sinnig seinen Standpunkt zur Aufgabe der NATO: »Die USA wird gegen Russland kämpfen, wenn es notwendig ist, auch bis zum letzten Europäer.«

Mit Georgien und der Ukraine begannen konkrete Verhandlungen zur Vorbereitung der Aufnahme in die NATO unter Druck der USA. Hier hatte auch Deutschland einmal Sicherheitsbedenken angemeldet, da noch viele ungeklärte Territorial- und Stabilitätsfragen bestanden und die »Demokratie« noch Entwicklungsbedarf hatte. EU-Europa bemühte sich bereits weit vorher, aber 2004 verstärkt, die Ukraine aus der GUS herauszulösen und eine Phase der intensiven Kooperation einzuleiten, die in ein Assoziierungsabkommen zur langfristigen Vorbereitung auf einen EU-Betritt münden sollte. Bereits im Jahr 2007 begannen die Verhandlungen für dieses Abkommen.

(wird fortgesetzt)

Karl-Heinz Schindler

## Kurzmeldungen

### Karl Marx im Kino

Auf der Berlinale 2017 hatte der Film »Der junge Karl Marx« von Raoul Peck, eine Gemeinschaftsproduktion von Belgien/Frankreich/Deutschland, Premiere und kommt ab 2. März auch in unsere Kinos. In Wittstock wird der Film zum Beispiel am 5. März gezeigt.

Er beschreibt die Ursprünge der sozialistischen internationalen Bewegung, die Entstehung des Bundes der Kommunisten und seines Gründungsdokuments, des Kommunistischen Manifests. Zugleich entwirft der Film das Porträt zweier ungestümer junger Männer, die fest an die Vision einer humanen Gemeinschaft und die revolutionäre Kraft der Ausgebeuteten und Unterdrückten glauben und die die Welt nicht nur interpretieren, sondern grundlegend verändern wollen.

Wer ihn sich genau ansieht, wird vielleicht zwei bekannte Gesichter aus Kyritz unter den Komparsen entdecken.

### Ideen sind gefragt

2019 gibt es zwei große Ereignisse in unserem Kreis OPR - das Fontanejahr in Neuruppin anlässlich des 200. Geburtstages von Theodor Fontane und die Landesgartenschau in Wittstock. Sie werden wesentlich das gesellschaftliche Leben im Kreis mitbestimmen. Die Vorbereitungen haben begonnen. Für den 17. Februar 2017 lädt die lokale Aktionsgruppe »Regionalentwicklung Ostprignitz-Ruppin e.V.« zu einer Klausurtagung nach Wusterhausen (Hotelrestaurant Mühlenhof, 14.30-18.30 Uhr) ein, am Samstag, den 18. Februar 2017 von 9.30-12.30 Uhr zur Beratung in Arbeitsgruppen. Wir werden weiter darüber berichten.

### HdB bietet viele Themen

Manchmal ist nicht so recht bekannt, welche aufschlussreichen Veranstaltungen jede Woche im Neuruppiner Haus der Begegnung stattfinden. So stand am 7. Februar ein Film mit Vortrag über »Zugvö-

gel - Kundschafter in fernen Welten« und mit eigenen Studien über Vögel im Luch mit dem Tierfilmer Karl-Heinz Sass aus Birkenwerder im Mittelpunkt.

Vom Verein »Jahresringe« startet in der neuen Veranstaltungsreihe gemeinsam mit dem Seniorenbeirat der Stadt am 22. Februar eine Faschingsveranstaltung. Am 29. März wird mit einer Fachfrau über die Pflege von Blumen und Pflanzen gesprochen.

### Die Weltmeisterin lief mit

Großen Zuspruch fand vor kurzem Christine Errath auf der neu eröffneten Kunsteisbahn auf dem Neuen Markt in Neuruppin. Die weit bekannte DDR-Meisterin, Europa- und Weltmeisterin im Eiskunstlauf hatte von der wiedererstandenen Eislaufbahn in Neuruppin gehört und wollte die Organisatoren unterstützen. Sie kam nach Neuruppin und bereitete sich und den vielen Kindern große Freude. Die Eislaufbahn ist noch bis zum 5. März geöffnet.

# Eine Schande für Deutschland!

Ich habe lange überlegt, ob es sich lohnt, der AfD hier, in unserer linken Zeitung, einen Artikel zu widmen. Als ich jedoch am 20. Januar im Ruppiner Anzeiger lesen konnte, dass sich der hiesige AfD-Kreisverband zum Teil hinter die Aussagen von Höcke stellt und ihn erneut als Redner nach Neuruppin holen wird, war mir klar geworden, ein einfaches Ignorieren dieser Partei kann zu Ereignissen wie in der Weimarer Republik führen. Diesem Trend ist mit allen demokratischen Mitteln entgegen zu wirken.

Der faschistisch-hetzerische Tonfall der Nazis à la Goebbels ist wieder nach Deutschland zurück gekommen. Genau so wie einst der Nazi-Propagandaminister reißt der rechtsextremistische völkische Demagoge Björn Höcke sein Maul auf. In bewährter



Volksempfänger VE 301W (sog. »Goebbels-Schnauze«) Quelle: Pixabay

Nazimanager schreit er seine Parolen über Plätze und durch Säle. Und dieser AfD-Anheizer sitzt als Landesvorsitzender im Thüringer Landtag. Das hat er auch verlangt, denn wenn es um seine Rechte und die seiner Partei geht, dann pocht er auf die Demokratie.

## Demokratiefeindlicher Volksverhetzer

Schaut man aber hinter seine Kulissen, kommt ein gefährlicher und demokratiefeindlicher

Volksverhetzer zum Vorschein. Der ehemalige Oberstudienrat aus Hessen kam etwa 2013 nach Thüringen, wo er einer der Initiatoren zur Gründung des AfD-Landesverbandes war. Seit Beginn seiner politischen Tätigkeit für die AfD fiel er immer wieder durch seine völkisch-national geprägten Reden auf, so dass sogar der Präsident des deutschen Lehrerverbandes sich eine Rückkehr Höckes in den Schuldienst nicht mehr vorstellen kann.

## Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	01.03.	Heide Wissel	Kleinzerlang	zum	74.
Am	07.03.	Angelika Noack	Wittstock	zum	61.
Am	09.03.	Joachim Behringer	Neuruppin	zum	67.
Am	12.03.	Waltraut Prüter	Wittstock	zum	79.
Am	15.03.	Ingeborg Steinke	Wittstock	zum	85.
Am	21.03.	Klaus-Peter Kraatz	Kyritz	zum	61.
Am	23.03.	Beate Sahlmann	Luhme	zum	86.
Am	26.03.	Gilda Wittig	Schönberg	zum	90.
Am	27.03.	Ruth Vierke	Neuruppin	zum	88.
Am	29.03.	Edgar Wittkopp	Wittstock	zum	86.
Am	30.03.	Ursula Kormann	Kyritz	zum	70.
Am	31.03.	Lisa Riedel	Neuruppin	zum	92.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

## Höcke hat sich und seine AfD entlarvt

Während einer Veranstaltung in Dresden schrie er seinen im Saal versammelten »Patrioten und Volksgenossen« zu: »Ich zeige euch den langen entbehrungsreichen Weg zum absoluten Sieg! Denn die AfD braucht den absoluten Sieg!« ... »Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat« (gemeint ist hier das Holocaust-Mahnmal in Berlin). »Ich möchte, dass ihr euch im Dienst am Vaterland verzehrt! Ich möchte Euch als neue Preußen!« Daraufhin haben sich einige Politiker der anderen Parteien empört geäußert, aber nur unsere Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Sahara Wagenknecht und Dietmar Bartsch, haben gehandelt.

## DIE LINKE handelt

Wagenknecht und Bartsch stellten gegen Höcke Strafanzeige wegen Volksverhetzung. Bezeichnend ist aber die Reaktion auf Höckes Auftritt innerhalb der AfD. Während sich der Brandenburger AfD-Vorsitzende Gauland voll hinter Höcke stellt, rudert die Bundesvorsitzende Petry etwas zurück und sagte, dass Höcke mit seinen Querschüssen und Alleingängen zu einer Belastung für die gesamte AfD werde.

## Wehret den Anfängen

Das haben wir Linken immer wieder gefordert. Wenn solche, wie die oben genannten Parolen von Höcke, aber auch vergangene, wie die Entnazifizierung Deutschlands sei eine »Rodung deutscher Wurzeln« gewesen, weiterhin geduldet werden, weil nach Meinung von bürgerlichen Politikern die Demokratie das aushalten müsse, dann kann ich nur feststellen, dass sie aus der Vergangenheit nichts gelernt haben.

## So fing es schon mal an

Meine Großmutter, eine 1901 geborene Kommunistin, sagte mir immer wieder: Mit den Gaskammern fing es nicht an, sondern mit der Beeinflussung der Massen. Den Menschen haben die Nazis suggeriert, dass das deutsche Volk etwas Besseres sei, dass die da die Gegner seien und wir sie gemeinsam besiegen können. Sie warnte immer wieder davor, dass es auch in einem demokratischen Land nicht auszuschließen sei, dass Demagogen wieder das Wort führen könnten. Auch von ihr hörte ich immer wieder den Spruch: Wehret den Anfängen! Wehret euch, kämpft beizeiten gegen jegliche Art der Volksverhetzung und völkischen Größenwahn, denn so begann es schon einmal.

hjm

## Aufgelesen

### Man könnte reihern

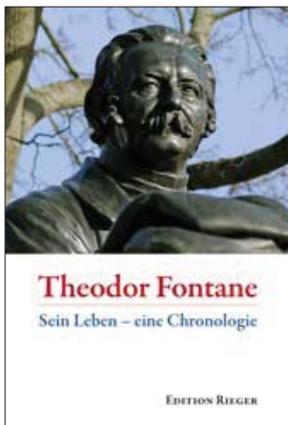
Dem Höckerschwan schwant nichts Gutes bei Höcke  
der Storch meidet den Rückflug nach Deutschland  
wo gleichnamige AfDlerin  
faule Polit-Eier ausbrütet

Jürgen Riedel (Minden), Lyriker

## Neues von der Edition Rieger

Zwei interessante Büchlein über unseren Fontane hat die Edition Rieger kürzlich herausgebracht: Dessen allererstes Werk »Geschwisterliebe« mit einem Nachwort von Gotthard Erler, dem Fontane-Chronisten, und »Theodor Fontane / Sein Leben - eine Chronologie«. Letzteres wurde vom Verleger Günter Rieger auch selbst verfasst.

»Geschwisterliebe« ist eine Erzählung, die Fontane selbst zwar nicht als ein literarisches Meisterwerk einschätzt, aber sie ist auf jeden Fall lesenswert. Günter Rieger ist zu verdanken, dass er dieses kleine Werk »herausgekratzt« und (erstmalig) veröffentlicht hat. Es handelt in Neuruppin und vermittelt ein Bild der damaligen Kleinstadt in der Mark. Der erste Teil dieser Erzählung stand, so Erler, am 14.12.1839



in der Berliner Zeitschrift »Figaro«, also um die Zeit, wo Fontane sein Apothekerexamen ablegte.

Das zweite Büchlein »Theodor Fontane / Sein Leben - eine Chronologie« (1819-1839) ist ein lesenswertes kleines und doch ausführliches Nachschlagewerk. Man staunt, was Rieger alles über das Leben Fontanes zusammengestellt hat. Es ist eine umfangreiche Chronologie, illustriert mit den einzigartigen Riegerschen Fotos von allen Orten zwischen Neuruppin und dem Oderbruch und darüber hinaus, wo Fontane weilte - viele Kilometer hat Günter Rieger dafür zurückgelegt. Außerdem enthält es eine Übersicht über die Fontanefamilie und über seine Werke, die zwischen 1839 und 1905 herausgegeben wurden. ch-

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.  
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308  
Funk: 0173/3804592  
www.kirsten-tackmann.de

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**  
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893  
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**  
Tel.: 03391/2383  
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Marktgasse 2, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 03394/4031363  
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 10.00 - 12.00  
Do. 16.00 - 18.00

**Margitta Mächtigt**, Landtagsabgeordnete  
**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin  
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422  
www.dielinke-opr.de  
E-Mail: kv@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**  
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893  
E-Mail: bock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock  
Tel.: 03394/4031363/-64/-65  
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

## Termine

(Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Dienstag, 21.02.17	<b>Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 22.02.17	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonabend, 25.02.17	<b>Kreisparteitag DIE LINKE. OPR</b> 10-15.30 Uhr, Fretzdorf, Shell-Autohof Herzsprung
Mittwoch, 01.03.17	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 02.03.17	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 02.03.17	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 06.03.17	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 06.03.17	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 07.03.17	<b>Frauentags-Kaffeerunde der Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppın</b> 15.00 Uhr, Gaststätte Seebad Alt Ruppın
Mittwoch, 15.03.17	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 16.03.17	<b>Basisorganisation und Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppın: China heute - Innen- und Außenpolitik</b> 17.00 Uhr, Gaststätte Seebad Alt Ruppın
Freitag, 17.03.17	<b>Gedenkveranstaltung der Stadt Neuruppin für Marianne Kühn-Berger</b> 17.00 Uhr, Neuruppin - Großer Festsaal der Ruppiner Kliniken
Sonntag, 19.03.17	<b>Traditionelle Frauentags-Matinee unserer Bundestagsabgeordneten Programm: »Viva Walküre« mit Kabarettistin Barbara Kuster</b> 11.00 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de  
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-),  
Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:** **Fr., 03.03.2017**  
**Erscheinungsdatum:** **Mi., 15.03.2017**